



FRAUEN *helfen* FRAUEN
Stormarn e.V.

Pressemitteilung

Der Verein Frauen helfen Frauen Stormarn e. V. verurteilt die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln, Hamburg und nun auch in Bad Oldesloe, ganz deutlich und verweist in dem Zusammenhang auf das Angebot der Frauenfachberatungsstelle in Bad Oldesloe, das Betroffenen und deren Angehörigen kostenfrei eine unbürokratische, parteiliche und auf Wunsch anonyme Unterstützung bietet.

Das Erleben sexualisierter Gewalt kann für Betroffene gravierende Auswirkungen haben. Für viele Frauen wird durch einen sexuellen Übergriff das Vertrauen in Sicherheit und zwischenmenschliche Beziehungen erschüttert.

Üblicherweise ist die Bereitschaft der Betroffenen gering, einen sexuellen Übergriff bei der Polizei anzuzeigen.

Die am 25.01.16 veröffentlichte Dunkelfeldstudie aus dem Jahr 2015 des Landeskriminalamtes Niedersachsen bestätigt die geringe Anzeigebereitschaft bei erlebten Sexualdelikten, nur 5,9% der betroffenen Frauen zeigen an.

Dies hängt vor allem auch mit der Verurteilungsquote zusammen. Sie lag im Jahr 2012 nur bei 8,4% der angezeigten Fälle. Die geringe Verurteilungsquote hinterlässt bei Opfern den Eindruck, eine Anzeige sei zwecklos. Sie haben Angst, nach einem Freispruch des Täters oder einer Einstellung des Verfahrens als Verliererin und Lügnerin da zustehen.

An dieser Stelle möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass die aktuelle Gesetzeslage Schutzlücken aufweist und die Strafverfolgung von sexuellen Übergriffen / Vergewaltigung oft nicht möglich ist, weil der erklärte Wille der Frau - ein Nein - nicht ausreichend ist. Die Frau muss nachweisen, dass sie sich in einer schutzlosen Lage befunden hat, sich ausreichend zur Wehr gesetzt hat und der Täter erhebliche Gewalt einsetzen musste.

Die Anzeigebereitschaft ist seit den Vorfällen in der Silvesternacht gestiegen, mittlerweile melden sich auch Frauen, die in anderen Städten bei Silvesterfeiern Übergriffe erlebt haben. Das zeigt sehr eindrucksvoll, wie ermutigend eine öffentliche und politische Empörung über sexualisierte Gewalt für die Betroffenen wirken kann. Leider ist das Ausmaß der Empörung eine absolute Ausnahme und bedauerlicherweise wahrscheinlich zunächst auf den mutmaßlich nicht-deutschen Hintergrund der Täter zurückzuführen. Eine Unterscheidung der öffentlichen oder politischen Reaktionen auf sexualisierte Gewalt je nach Herkunft oder Religion der Täter wird jedoch dem Thema nicht gerecht und sollte auch nicht das Ausmaß der Empörung bestimmen.

Die Angst vor sexuellen Übergriffen und sexualisierter Gewalt schränkt Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit und gesellschaftlichen Teilhabe ein. Die tagtäglich ausgeübte sexualisierte Gewalt hat niemals nur Auswirkungen auf die direkt Betroffenen, sondern führt dazu, dass viele Frauen als gefährlich geltende Orte oder Gegebenheiten meiden. Es ist somit eine dau-

Frauen helfen Frauen Stormarn e.V., Bahnhofstr. 12, 23843 Bad Oldesloe

erhafte gesamtgesellschaftliche, gleichstellungspolitische Aufgabe, sexualisierte Gewalt zu bekämpfen.

Frauenberatungsstellen weisen seit Jahrzehnten darauf hin, dass die aktuelle Gesetzeslage dafür nicht ausreichend ist und fordern, dass die Schutzlücken im Straftatbestand der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung endlich geschlossen werden. Es ist zu hoffen, dass die polizeilichen Ermittlungen in Köln eine Inverantwortungnahme der Täter erlauben, es ist aber zu befürchten - da die gesetzliche Grundlage dies nicht hergibt -, dass die Bestrafung hauptsächlich wegen der zusätzlich begangenen Diebstahl- und Raubdelikte stattfinden wird und nicht aufgrund der sexuellen Übergriffe.

Die aktuellen Ereignisse verdeutlichen einmal mehr, dass es wirksamer Strategien zur Prävention und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt bedarf, und zwar solcher, die Frauen nicht die Verantwortung dafür geben, was passiert ist. Denn die Täter müssen ihr Verhalten ändern und nicht die (potenziellen) Opfer.

Notwendig ist eine breite gesellschaftliche Debatte über den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen und den Schutz und Kindern vor sexualisierter Gewalt. Diese Debatte muss ohne eine Instrumentalisierung und pauschale Vorverurteilung von Migrantinnen und männlichen Flüchtlingen geführt werden.

Es braucht Polizei und Sicherheitsdienste, die bei öffentlichen Großveranstaltungen sensibilisiert für das Problem der sexuellen Übergriffe vorgehen und gut geschult sind für die Dynamik sexualisierter Gewalt und das Vorgehen der Täter. In einer solchen Menschenmenge wie in Köln kann sich keine Frau alleine schützen. Und es braucht eine gesetzliche Grundlage, die die Taten auch verurteilen kann.

Die Fachberatungsstellen leisten solche Sensibilisierung seit mehr als 30 Jahren, weitgehend unterbezahlt und prekär. Auch hier ist die Politik gefordert, die aktuell angemahnte Bekämpfung dieser Gewalt mit adäquaten finanziellen Mitteln zu unterlegen, damit die Präventionsmaßnahmen angemessen verstärkt werden können. Denn sexualisierte Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem und muss gesamtgesellschaftlich bekämpft werden.

Frauen helfen Frauen Stormarn e.V.